

## Die Preise unserer Nahrungsmittel.

Aus dem Staatsauschuß des Abgeordnetenhauses.

Der Staatshaushaltsauschuß des Abgeordnetenhauses setzte die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats fort. Ein Zentrumsabgeordneter kam auf seine alten Wünsche zu sprechen, daß der freie Handel und die freie Preisbildung wieder wirken sollen, da bei der jetzigen Preisorganisation das Ziel einer ausreichenden Ernährung nicht zu erreichen sei. Er erkennt allerdings an, daß dieser Uebergang nur allmählich zu erreichen sein wird. Er äußerte die Befürchtung, daß die Saatkartoffeln durch den Frost gelitten haben könnten, befürwortet eine Erhöhung der Strohpreise und glaubt, daß, wenn dieses Preisystem bestehen bleibt, der Produktionszwang die unausbleibliche Folge sein werde. Ein freikonservativer Abgeordneter bespricht die Landarbeiterfrage und fordert, daß die Kriegswirtschaftsstellen bei der Bereitstellung von Gefangenen sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie einheitlich wirken sollen. Beurlaubungen von Soldaten, die nicht Kriegsverwendungsfähig seien, müßten unter allen Umständen erfolgen. Ein konservativer Abgeordneter führt aus, die Preispolitik müsse lediglich von dem Gesichtspunkt der Produktion aus betrieben werden. Es komme nicht das Interesse der Produzenten und Konsumenten in Frage, sondern lediglich, daß genügende Nahrungsmittel produziert werden. Jede Herabsetzung von Preisen sei heute außerordentlich bedenklich. Die Preissteigerung sei ja auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens frei, sie müßte auch auf diesem Gebiet freier behandelt werden. Gefährlich festgesetzte Preise sind nach der Ansicht des Redners letzten Endes immer höher als im freien Verkehr sich entwickelnde Preise. Das Land stehe heute in seiner Versorgung im allgemeinen nicht mehr besser da wie die Städte. Das Land müsse neben den Mengen, die für die Saat und auf den Kopf vorgeschrieben sind, noch Reserven haben, sonst würde später die Produktion des nächsten Jahres absolut versagen. Er befürwortet warm Lieferungsverträge zwischen Stadt und Land, das sei die einzig richtige Organisation. Ein Sozialdemokrat bespricht zunächst eingehend die Preisfrage und kommt auf die bekannten Vorschläge der landwirtschaftlichen Professoren zur Preisfestsetzung zurück. Diese Regelung wäre allerdings zu ertragen, entschieden aber müsse einseitigen Preiserhöhungen widersprochen werden.

Ein fortschrittlicher Redner hob die wachsenden Schwierigkeiten der Ernährung der städtischen Bevölkerung hervor. Das Berordnungswesen habe einen zu großen Umfang angenommen, kein Mensch wisse mehr, was strafbar sei und was nicht. Zur Festsetzung der Preise müßten auch die Konsumenten mit herangezogen werden. Das bekannte Programm der Professoren sei annehmbar, die Fleischpreise könnten herabgesetzt werden, und dann würde man auch einer Erhöhung der Getreidepreise näher treten können.

Ein polnischer Abgeordneter trat für eine Erhöhung der Zuckerrübenpreise ein. Ein konservativer Redner betonte, die Landwirtschaft wolle sich nicht bereichern, aber sie möchte ebenso behandelt werden wie die anderen Erwerbsstände. Das verkehrte System der Höchstpreise habe die Interessen der Produktion viel zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Der Friede mag kommen, wann er will, eine Verminderung der Not werde er in absehbarer Zeit nicht herbeiführen. Die Frage der landwirtschaftlichen Produktion sei außerordentlich ernst geworden. Die Lösung durch die bekannten Professorenvorschläge sei nicht die richtige. Wenn der Viehhalter geneigt sei, Getreide zu verfüttern, so werde er sich davon auch durch eine andere Regelung der Preise nicht abhalten lassen. Ein nationalliberaler Redner führte aus, der Unterschied zwischen dem Getreide- und Viehpreis sei ungesund und müsse beseitigt werden. Den Professorenvorschlägen sei zugustimmen. Von fortschrittlicher Seite wurde noch angeregt, auch die Eisenbahnarbeiter mit Nahrungsmitteln, besonders aus der Sindenburgspende zu bedenken.

Nächste Sitzung: Donnerstag.